

2.2 Mitglieder(Delegierten)versammlungen

Wie im Jahresbericht für die Jahre 1998 und 1999 beschrieben, bestand seit März 1998 die Delegiertenversammlung aus 65 Delegierten als Vertreter der Landkreise bzw. kreisfreien Städte. Die organisatorischen Schwierigkeiten, insbesondere aber die Tatsache, dass nunmehr nicht alle kommunalen Ausländerbeiräte im Plenum vertreten waren, führten zu dem Verlangen vieler Beiräte, die organisatorische Struktur des Plenums erneut zu ändern.

Das oberste Entscheidungsorgan der AGAH wurde deshalb mit Satzungsänderung vom 08. April 2000 erneut verändert. Anstelle der Delegiertenversammlung wurde die Mitgliederversammlung gesetzt, in der nun jeder Mitgliedsbeirat mit mindestens einem, höchstens aber drei Delegierten vertreten ist.

2000 wurden die Delegierten fünfmal zu ordentlichen Plenarsitzungen geladen. 2001 fanden vier Mitgliederversammlungen statt, von denen die Tagung am 17.02.2001 gleichzeitig als Vollversammlung konzipiert war.

Plenarsitzungen 2000/2001

05.02.2000	Babenhäusen
08.04.2000	Seligenstadt
10.06.2000	Hünfeld
23.09.2000	Oberursel
25.11.2000	Schöneck
17.02.2001	Wiesbaden
19.05.2001	Dietzenbach
08.09.2001	Karben
15.12.2001	Fulda

Nach § 6 Absatz 7 der AGAH-Satzung obliegt die Einberufung dem Vorstand. Die Einladungen wurden 2000/2001 fristgemäß versandt.

Themenschwerpunkte der Versammlungen waren neben den Berichten des Vorstandes, der Ausländerbeiräte, der Arbeitsgruppen/Kommissionen:

- Das Integrationskonzept der hessischen Landesregierung
- Kommunale Integrationspolitik und Integrationskonzepte
- Integration und Ausländerbeiräte
- Position der hessischen Liberalen zu Integration und Einwanderung

- Ausbildung in ‚ausländischen‘ Betrieben
- Zukunft des Unterrichts in den Herkunftssprachen
- Religionsunterricht an Hessischen Schulen
- Verfassungsschutz in Hessen
- Ausländerbeiratswahl 2001
- Aktives Wahlrecht zu Ausländerbeiräten
- Wohnsitznachweise für Ausländer
- Bürgerkriegsflüchtlinge und Rückführung
- Staatsangehörigkeitsrecht, Einbürgerungsgebühren, Sprachtest,
- Green-Card
- Bildungsakademie für Migranten

Zahlreiche Einzelanträge wie beispielsweise zu Deutschkursen in Unternehmen, zur Verwaltungsreform Staatsangehörigkeitswesen, zu Visa-Gebühren oder Visapflicht für in der Schweiz lebende Ausländer ergänzten die Themenschwerpunkte. Zu den Ergebnissen der inhaltlichen Diskussionen siehe Kapitel 3.

Jährlich fand zudem das zur Tradition gewordene Jahresgespräch der Delegierten der AGAH mit dem Ministerpräsidenten statt. Roland Koch war zweimal Gastredner auf den Mitgliederversammlungen (10.06.2000 in Hünfeld und 08.09.2001 in Karben).



Themen der Diskussion in 2000 waren unter anderen die Integrationspolitik des Landes und die Zukunft des Muttersprachlichen Unterrichts. Dabei betonte der Ministerpräsident, dass gerade das Miteinander der Religionen einen Schwerpunkt der Landesregierung bilde. Die Funktion des Landesausländerbeirates solle künftig vom Integrationsbeirat übernommen werden, gleichwohl sollten weiterhin Migranten

selbst ihre Interessen artikulieren können. Deshalb werde die AGAH ihre organisatorische und finanzielle Struktur behalten und die Kabinettsbeschlüsse, die die Befugnisse der AGAH regelten, blieben in Kraft. Die Gewichtung der AGAH als Interessenvertretung solle nicht gemindert werden.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Ministerpräsidenten im September 2001 standen vor allem aktuelle Themen wie die Neuregelung der Zuwanderung und die von Roland Koch aufgebrachte Frage der Thematisierung der „Nationalen Identität“ als ein mögliches Thema der Wahlkämpfe des Jahres 2002.

Von Seiten der AGAH wurde dem Ministerpräsidenten verdeutlicht, dass man gegen eine Verabschiedung des Gesetzes unter starkem Zeitdruck sei. Ebenso müsse das Thema aus dem Wahlkampf 2002 herausgehalten werden. An den bisherigen Vorschlägen sei eine Senkung des Nachzugsalters für Kinder auf 12 Jahre nicht akzeptabel. Auch dürfe das Asylrecht nicht eingeschränkt werden und es sei – etwa nach dem Vorbild von Belgien, Frankreich oder Spanien - eine Lösung für alle „Illegalen“ erforderlich.

Ministerpräsident Roland Koch betonte, dass die Frage eines Zuwanderungsgesetzes genauso ein Thema der öffentlichen Debatte sei, wie andere Fragen auch. Wer diese Debatte nicht führe, provoziere – wie etwa derzeit in Hamburg - das Entstehen neuer Parteien. Erfreulich sei, dass CDU und SPD in dieser Frage einander näher gekommen seien. Die CSU habe ihr eigenes Konzept vorgelegt. Zu Schilys Konzept gebe es zahlreiche Abänderungsvorschläge der Grünen, sodass bislang noch nicht klar sei, was die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit meine.

Er wolle, dass Menschen, die kommen, auch dauerhaft hier bleiben. Doch dies stelle die Gesellschaft vor gewaltige Aufgaben, da die Zuwanderung sich hauptsächlich auf wenige Großstädte und Ballungsgebiete konzentriere.

Ministerpräsident Roland Koch spricht sich gegen ein hohes Nachzugsalter für Kinder aus, da nur die wenigsten Betroffenen dann noch einen ordentlichen Einstieg in Schule, Ausbildung und Erwerbstätigkeit schaffen.

In der Frage des Islamischen Religionsunterrichts verwies Koch auf anstehende Gesprächstermine im Vorfeld einer Entscheidung durch das Kultusministerium.

Der Ministerpräsident äußerte sich positiv über die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und AGAH und zog zudem eine positive Zwischenbilanz nach zweijähriger Arbeit des Integrationsbeirats. Er betonte jedoch gleichzeitig, dass er nie die Notwendigkeit kommunaler Ausländerbeiräte in Frage gestellt habe.

Koch bekannte sich zur Bedeutung der nationalen Identität der Deutschen. Es komme jedoch darauf an, vernünftig damit umzugehen, wobei die Debatte in Deutschland außerordentlich zivilisiert ablaufe.

Zur Frage des Muttersprachlichen Unterrichts stellte Koch fest, dass bei mangelnder Sprachkompetenz ausländischer Kinder in der Grundschule das Niveau des Unterrichts sinke und daher das Erlernen der deutschen Sprache noch vor der Einschulung absoluten Vorrang habe. Der Muttersprachliche Unterricht solle sich europäischen Standards anpassen und könne auf freiwilliger Basis und in der Regie der Konsulate weitergeführt werden. Da der ursprüngliche Grund für den Muttersprachlichen Unterricht – die schulische Eingliederung nach der Rückkehr ins Herkunftsland – ohnehin entfalle, würden die zur Verfügung stehenden Mittel jetzt für deutschen Sprachunterricht eingesetzt.

Während der Plenarsitzung am 19. Mai 2001 in Dietzenbach wurde erstmals eine für Mitgliederversammlungen neue Form der Themenschwerpunktsetzung erfolgreich erprobt. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion diskutierten Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien (Hans-Jürgen Irmer (CDU), Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen), Heike Habermann (SPD) und Herbert Kemp (FDP) sowie für die AGAH Yilmaz Memisoglu zur „Zukunft des Muttersprachlichen Unterrichts“. Die Moderation hatte Franco Foraci (Hessischer Rundfunk) inne.

Zu einzelnen Themen wurden zudem immer wieder Referenten eingeladen. So waren u. a. am 05. Februar 2000 eine Mitarbeiterin des Bildungswerkes der Hessischen Wirtschaft zum Thema „Ausbildung in ‚ausländischen‘ Betrieben“, am 23. September 2000 der Fraktionsvorsitzende der F.D.P.-Fraktion im Hessischen Landtag zum Thema „Die Po-

sition der hessischen Liberalen zu Integration und Einwanderung“ und am 25. November 2000 der Direktor des Landesamtes für Verfassungsschutz mit dem Thema „Verfassungsschutz in Hessen“ Gastredner auf den Mitgliederversammlungen.

Nicht zuletzt wurde im Rahmen von regelmäßigen Pressegesprächen im Anschluss an die Sitzungen über die Ergebnisse der Beratungen auch die Öffentlichkeit informiert. (Vergleiche dazu Kapitel 5.1.)

